

2019/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Sonja Ablinger  
und Genossen

an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr

betreffend APA-Aussendung vom 17.2.1997 ("Studiengebühren" - Studie des  
Wissenschaftsministeriums)

In einer Presseaussendung der APA vom 17.2.1997 (siehe Beilage) wird berichtet, daß das  
Wissenschaftsministerium eine Studie in Auftrag gegeben hätte, die der "seit einigen  
Monaten im Wissenschaftsressort teilzeitbeschäftigte ÖVP-Ex-ÖAAB-Obmann Josef Höchtel"  
erstellt habe. Wie aus der Meldung hervorgeht, hat Dr. Höchtel der APA gegenüber politische  
Schlußfolgerungen aus seiner Studie gezogen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister  
für Wissenschaft und Verkehr nachstehende

Anfrage:

1. Ist es im Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr üblich, daß Beamte  
mittels APA-Meldungen über ihre Tätigkeit im Ressort berichten?
2. In welcher Weise ist die Veröffentlichung von seitens des Wissenschaftsministeriums  
in Auftrag gegebenen Studien geregelt?
3. Sind Sie bereit, den Mitgliedern des Wissenschaftsausschusses die gesamte Studie  
zum Thema "Studiengebühren" zur Verfügung zu stellen?

Universität/Studenten/Finanzen/Eu/G r a f i k  
Studiengebühren in sieben der 15 EU-Staaten GRAFIK 0201/97  
Utl . : Studie des Wissenschaftsministeriums -  
Wien (APA) - In sieben der 15 EU-Staaten gibt es Studiengebühren .  
Das zeigt eine vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebene  
Studie, die der seit einigen Monaten im Wissenschaftsressort  
teilzeitbeschäftigte ÖVP-Abgeordnete Ex-ÖAAB-Obmann Josef Höchtl  
erstellt hat. Die Höhe der Gebühren schwankt dabei umgerechnet  
zwischen rund 900 und 45.000 Schilling jährlich . Wie Höchtl als .  
Schlußfolgerung aus seiner Studie gegenüber der APA betonte, werde In  
ganz Europa die Universitätsfinanzierung als neue Herausforderung  
betrachtet und auch in Österreich werde man sich dem Projekt  
'Zukünftige Sicherung der Finanzierung der universitäten" stellen  
müssen. \*\*\*\*\*.

In der Eu gibt es Studiengebühren in Belgien (Flandern: 875 bis  
5.775 S jährlich, Wallonien: 7.350 S) , Frankreich (1.400 bis 3.500 S  
, 'Verwaltungsgebühren,') , Großbritannien ( 11.900 bis 44.800 S , die  
allerdings vollständig durch die jeweiligen Kommunen finanziert  
werden) , Italien (1.785 bis 5.355 S) , Niederlande (14.350 S) ,  
Portugal (4.900 bis 5.600 S) und Spanien (3.500 bis 4.900 S) . Irland  
hatte bis Ende vergangenen Jahres Gebühren in Höhe zwischen 24 . 500  
und 44.800 , diese aber ab Anfang 1997 abgeschaffen.

Keine Gebühren für das Studium werden in Dänemark, Griechenland,  
Luxemburg, Österreich und Schweden eingehoben. Deutschland und  
Finnland stellen Sonderfälle dar: Es gibt zwar offiziell keine  
Studiengebühren, es werden aber sogenannte sozialbeiträge (in  
Deutschland je nach Bundesland bis zu 1.400 S, in Finnland rund 1.400  
S) eingehoben.

Außerhalb der Eu gibt es in westeuropa Studiengebühren nur in der  
Schweiz ( 4.200 bis 10.500 S) . In Norwegen und Island ( einmalige  
Einschreibgebühr von 4.200 S) werden keine Gebühren eingehoben.  
Als extrem schwierig hat sich nach Angaben Höchtls die Recherche  
über die Gebührensituation in den Ländern Mittel- und Osteuropas  
erwiesen. Fix ist, daß in Bulgarien, Lettland, Litauen, ,Tschechischen  
und Ungarn Studiengebühren für den Besuch staatlicher Universitäten  
eingehoben werden, über deren Höhe Höchtl keine Angaben machen  
konnte . Keine Gebühren eingehoben werden in Estland, Slowenien und  
der Slowakei, wo aber jeder Student sowohl eine Einschreibgebühr pro  
Semester als auch eine einmalige Prüfungsgebühr zu bezahlen hat. Noch  
gebührenfrei ist das Studium in Polen, das neue Hochschulgesetz sieht  
aber vor, daß jene Studierende Studiengebühren zahlen müssen, die die  
Regelstudienzeit überschreiten .

Wie Höchtl bei seinen Recherchen festgestellt hat, ist in fast  
allen Staaten die budgetäre Enge Ausgangspunkt für Diskussionen um  
die Hochschulfinanzierung. Überall sei dabei versucht worden, 'dem  
Moment der sozialen Verträglichkeit gerecht zu werden". In vielen  
Ländern mit Studiengebühren werde mit den damit lukrierten Gelder  
versucht, einerseits die durchschnittliche studienzeit zu senken,  
andererseits die Zahl der Absolventen zu erhöhen, meinte Höchtl. Wie  
sich weiter zeige, würden in den staaten mit Gebühren die Studenten  
"immer stärker in eine Konsumentenrolle hineinwachsen, die das  
Angebot kritisch beurteilen und auch fordern, während den Unis  
zunehmend eine servicerolle zukommt'.

Für die Diskussion über die Hochschulfinanzierung in Österreich  
wünscht sich Höchtl eine "sinnvolle Diskussionskultur". Vermieden  
werden sollten dabei nach Ansicht des ÖVP-Politikers  
Problemregierung, das Aneinander-vorbeireden sowie das Zerreden,  
denn damit löst man kein einziges Problem.

( Schluß ) cm/wea  
APA315 1997-02-17/13 : 09  
171309 Feb 97